Europäische Kommission - Fragen und Antworten





Fragen und Antworten: Richtlinie über KI-Haftung

Brüssel, 28. September 2022

Mit der Richtlinie über KI-Haftung wird der EU-Rahmen für die zivilrechtliche Haftung ergänzt und modernisiert, indem erstmals spezifische Vorschriften für Schäden eingeführt werden, die durch KI-Systeme verursacht werden.

Mit den neuen Vorschriften wird sichergestellt, dass Opfer von durch KI-Technologie verursachten Schäden in gleicher Weise entschädigt werden, als wenn dies unter anderen Umständen geschehen wäre. Mit der Richtlinie werden zwei wesentliche Maßnahmen eingeführt: die sogenannte Kausalitätsvermutung, die die Opfer von der Pflicht entbindet, ausführlich zu erläutern, wie der Schaden durch ein bestimmtes Verschulden oder Versäumnis verursacht wurde, und der Zugang zu Beweismitteln im Besitz von Unternehmen oder Anbietern, wenn es um Hochrisiko-KI geht.

1. Warum brauchen wir eine neue Richtlinie?

Angesichts des beständigen technologischen Fortschritts müssen auch die Garantien weiterentwickelt werden, um sicherzustellen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU auch im digitalen Zeitalter in den Genuss der höchsten Schutzstandards kommen. Die Kommission setzt sich dafür ein, dass bahnbrechende technologische Innovationen niemals auf Kosten von Schutzmaßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger gehen. Es bedarf eines harmonisierten Rechtsrahmens auf EU-Ebene, um die Gefahr einer rechtlichen Fragmentierung bei der Beseitigung der durch diese technologischen Fortschritte verursachten Lücken zu vermeiden.

Die derzeitigen nationalen Haftungsvorschriften sind nicht für Schadenersatzansprüche infolge von durch KI-gestützte Produkte und Dienstleistungen verursachten Schäden ausgelegt. Bei verschuldensabhängigen Haftungsansprüchen muss das Opfer ermitteln, wer zu verklagen ist, und das Verschulden, den Schaden und den Kausalzusammenhang zwischen beiden im Detail erläutern. Dies ist nicht immer einfach, insbesondere wenn KI beteiligt ist. Die Systeme können oft komplex, undurchsichtig und autonom sein, so dass es für Opfer übermäßig schwierig, wenn nicht unmöglich ist, dieser Beweispflicht nachzukommen. Eine der wichtigsten Funktionen der Vorschriften über die zivilrechtliche Haftung ist es, sicherzustellen, dass Geschädigte Schadenersatz verlangen können. Wenn es aufgrund der Herausforderungen im Zusammenhang mit KI zu schwierig ist, eine Entschädigung zu erhalten, gibt es keinen wirksamen Zugang zur Justiz. Durch die Gewährleistung einer wirksamen Entschädigung tragen diese Vorschriften zum Schutz des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht bei, die beide in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert sind.

Mit den neuen Vorschriften wird sichergestellt, dass alle Opfer (Einzelpersonen oder Unternehmen) eine faire Chance auf Entschädigung haben, wenn sie durch das Verschulden oder eine Unterlassung eines Anbieters, Entwicklers oder Nutzers von KI geschädigt werden. Darüber hinaus bedeuten Investitionen in Vertrauen und die Schaffung von Garantien, falls Probleme auftreten, auch Investitionen in den Sektor und einen Beitrag zu dessen Akzeptanz in der EU. Wirksame Haftungsvorschriften bieten auch einen wirtschaftlichen Anreiz zur Einhaltung der Sicherheitsvorschriften und tragen somit zur Vermeidung von Schäden bei.

2. Wie hilft diese Richtlinie Opfern?

Die neuen Vorschriften decken nationale Haftungsansprüche ab, die auf Verschulden oder Unterlassungen einer Person (Anbieter, Entwickler, Nutzer) beruhen und beziehen sich auf Entschädigung für alle Arten von Schäden, die unter das nationale Recht fallen (Leben, Gesundheit, Eigentum, Privatsphäre usw.) und für alle Arten von Opfern (Einzelpersonen, Unternehmen, Organisationen usw.).

Mit den neuen Vorschriften werden zwei Hauptgarantien eingeführt:

• Erstens erleichtert die Richtlinie über KI-Haftung die **Beweislast** der Opfer, indem die "Kausalitätsvermutung" eingeführt wird: Wenn Opfer nachweisen können, dass jemand für

die Nichteinhaltung einer bestimmten für den Schaden relevanten Verpflichtung verantwortlich war und dass ein ursächlicher Zusammenhang mit der KI-Leistung nach vernünftigem Ermessen wahrscheinlich ist, kann das Gericht davon ausgehen, dass diese Nichteinhaltung den Schaden verursacht hat. Andererseits kann die haftbare Person diese Vermutung widerlegen (z. B. durch den Nachweis, dass der Schaden eine andere Ursache hatte).

• Zweitens wird die neue Richtlinie über KI-Haftung Opfern helfen, Zugang zu einschlägigen Beweismitteln zu erhalten, wenn Schäden verursacht werden, weil z. B. ein Betreiber von Drohnen, die Pakete liefern, die Gebrauchsanweisung nicht einhält oder weil ein Anbieter die Anforderungen bei der Nutzung KI-gestützter Arbeitsvermittlungsdienste nicht einhält. Die Opfer können bei Gericht beantragen, die Offenlegung von Informationen über Hochrisiko-KI-Systeme anzuordnen. Damit können die Opfer die Person identifizieren, die haftbar gemacht werden könnte, und herausfinden, was zu dem Schaden geführt hat. Andererseits unterliegt die Offenlegung geeigneten Garantien zum Schutz sensibler Informationen wie Geschäftsgeheimnissen.

Zusammen mit der überarbeiteten Produkthaftungsrichtlinie werden die neuen Vorschriften das Vertrauen in KI stärken, da sichergestellt wird, dass Opfer trotz der vorbeugenden Vorschriften des Gesetzes über künstliche Intelligenz und anderer Sicherheitsvorschriften im Schadensfall wirksam entschädigt werden.

3. Welche Art von KI ist von dem Vorschlag betroffen?

Die Richtlinie zielt darauf ab, Opfern, die durch KI-Systeme geschädigt werden, die gleichen Schutzstandards zu bieten, wie wenn sie unter anderen Umständen geschädigt würden. Der Vorschlag über die KI-Haftung gilt somit für Schäden, die durch alle Arten von KI-Systemen verursacht werden: sowohl durch Hochrisiko-KI-Systeme als auch durch KI-Systeme ohne hohes Risiko.

4. Wie werden die neuen Vorschriften zu Innovation und Entwicklung im Bereich der KI beitragen?

Mit dem Vorschlag für die Richtlinie über KI-Haftung werden die Interessen der Opfer von KI-Systemen und die der in der Branche tätigen Unternehmen gegeneinander abgewogen.

Zu diesem Zweck hat die Kommission das am wenigsten interventionistische Instrument (widerlegbare Vermutungen) zur Erleichterung der Beweislast gewählt. Daher wird in der Richtlinie über KI-Haftung keine Umkehr der Beweislast an sich vorgeschlagen, um zu vermeiden, dass Anbieter, Betreiber und Nutzer von KI-Systemen höheren Haftungsrisiken ausgesetzt sind, was die Innovation KI-gestützter Produkte und Dienstleistungen behindern könnte.

Darüber hinaus trägt der Vorschlag für die Richtlinie über KI-Haftung dazu bei, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die KI-Technologien zu stärken und die Einführung und Verbreitung von KI in der gesamten Union zu fördern, indem sichergestellt wird, dass Geschädigte bei Schäden durch KI denselben Schutz genießen wie in Fällen, in denen keine KI-Systeme beteiligt waren.

Die Unternehmen werden besser in der Lage sein, die Anwendung der bestehenden Haftungsvorschriften vorherzusehen und somit ihr Haftungsrisiko zu bewerten und zu versichern. Dies gilt insbesondere für Unternehmen, die grenzüberschreitend Handel treiben, darunter auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die zu den aktivsten im KI-Sektor zählen.

5. Welchen Bezug gibt es zur Produkthaftungsrichtlinie?

Mit der überarbeiteten Produkthaftungsrichtlinie wird das bestehende System der verschuldensunabhängigen Produkthaftung auf EU-Ebene modernisiert. Sie wird für Klagen gegen Hersteller wegen Schäden gelten, die durch fehlerhafte Produkte verursacht wurden, wegen materieller Verluste aufgrund von Todesfällen sowie wegen Gesundheits- oder Sachschäden und Datenverlusten. Außerdem ist sie auf Klagen von Privatpersonen beschränkt.

Mit der neuen Richtlinie über KI-Haftung wird eine gezielte Reform der nationalen verschuldensbasierten Haftungsregelungen durchgeführt. Sie gilt für Ansprüche gegen jedes durch das KI-System, das den Schaden verursacht hat, beeinflusste Verschulden einer Person; für alle Arten von Schäden, die unter das nationale Recht fallen (einschließlich Schäden, die sich aus Diskriminierung oder Verletzung von Grundrechten wie dem Schutz der Privatsphäre ergeben); sowie für Klagen, die von natürlichen oder juristischen Personen eingebracht werden.

Was die Erleichterung der Beweislast betrifft, so werden mit den beiden Richtlinien ähnliche Instrumente (Recht auf Offenlegung von Beweismitteln, widerlegbare Vermutungen) eingeführt und ähnliche Formulierungen verwendet, um unabhängig vom gewählten Entschädigungsweg Kohärenz

zu gewährleisten.

6. Welchen Bezug gibt es zum Gesetz über künstliche Intelligenz?

Das Gesetz über künstliche Intelligenz und die Richtlinie über KI-Haftung sind zwei Seiten derselben Medaille: Sie gelten zu unterschiedlichen Zeitpunkten und verstärken sich gegenseitig. Sicherheitsorientierte Vorschriften zielen in erster Linie darauf ab, Risiken zu verringern und Schäden zu vermeiden, aber diese Risiken können niemals vollständig beseitigt werden. Haftungsbestimmungen sind erforderlich, um sicherzustellen, dass bei Eintritt eines Schadens eine wirksame und realistische Entschädigung gewährleistet ist. Während das Gesetz über künstliche Intelligenz auf die Verhütung von Schäden abzielt, sieht die Richtlinie über KI-Haftung ein Sicherheitsnetz für Entschädigungen im Schadensfall vor.

In der Richtlinie über KI-Haftung werden dieselben Definitionen verwendet wie im Gesetz über künstliche Intelligenz, die Unterscheidung zwischen Hochrisiko-KI-Systemen und KI-Systemen ohne Hochrisiko wird beibehalten, die Dokumentations- und Transparenzanforderungen des Gesetzes über künstliche Intelligenz werden anerkannt, indem sie durch das Recht auf Offenlegung von Informationen in der Praxis auf die Haftung anwendbar sind, und es werden Anreize für Anbieter/Nutzer von KI-Systemen geschaffen, ihren Verpflichtungen im Rahmen des Gesetzes über künstliche Intelligenz nachzukommen. Die Richtlinie gilt für Schäden, die durch KI-Systeme verursacht werden, unabhängig davon, ob sie gemäß dem Gesetz über künstliche Intelligenz mit hohem Risiko behaftet sind oder nicht.

Weitere Informationen

Vorschlag für eine Richtlinie zur Anpassung der Vorschriften über außervertragliche zivilrechtliche Haftung an künstliche Intelligenz

Pressemitteilung

Fragen und Antworten: Produkthaftungsrichtlinie

<u>Weißbuch der Kommission "Künstliche Intelligenz – ein europäisches Konzept für Exzellenz und Vertrauen"</u>

Bericht der Kommission über die Auswirkungen künstlicher Intelligenz, des Internets der Dinge und der Robotik in Hinblick auf Sicherheit- und Haftung

Bericht der Expertengruppe "Liability for artificial intelligence and other emerging digital technologies" (Haftung für künstliche Intelligenz und andere neue digitale Technologien)

<u>Comparative Law Study on Civil Liability for Artificial Intelligence (Vergleichende Rechtsstudie zur zivilrechtlichen Haftung für künstliche Intelligenz)</u>

QANDA/22/5793

Kontakt für die Medien:

Christian WIGAND (+32 2 296 22 53)
Cristina TORRES CASTILLO (+32 2 29 90679)
Katarzyna KOLANKO (+ 32 2 296 34 44)

Kontakt für die Öffentlichkeit: Europe Direct - telefonisch unter 00 800 67 89 10 11 oder per E-Mail